



Rostock, 9. November 2017

## **Bericht der CDU-Fraktion aus der Bürgerschaftssitzung vom 8. November 2017**

Wie immer nach Bürgerschaftssitzungen ist es uns eine Selbstverständlichkeit, Sie wieder über die wichtigsten Beschlüsse zu informieren.

Zu Beginn der Sitzung gedachten die Mitglieder der Bürgerschaft der Opfer der Reichsprogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Der Bürgerschaftspräsident erinnerte an die damals 200 in Rostock lebenden Juden, die Opfer des nationalsozialistischen Regimes wurden.

Den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte **Prüfauftrag: Lange Straße als Fahrradstraße** wurde nicht nur in den Ortsbeiräten heiß diskutiert, sondern fiel auch im Wirtschafts- und Tourismus- sowie im Bau- und Planungsausschuss durch. Den Mitgliedern der CDU-Fraktion ist die Sicherheit der Radfahrer sehr wichtig, aber wir haben auch den notwendigen Lieferverkehr, die Erreichbarkeit der Parkhäuser und den Individualverkehr im Blick. Die Verbesserung der Verkehrsführung und der Verkehrssicherheit obliegt der Verwaltung. Dergestalt stimmten wir, wie die Mehrheit der Bürgerschaft, für einen Änderungsantrag der SPD, der generelle Maßnahmen zur Sicherheit der Radfahrer in der Langen Straße forderte.

Einigkeit zeigte die Bürgerschaft in einem gemeinsam unterzeichneten Antrag zum **Projekt „WIRO-Mietanker“**. Kurz zur Erläuterung dieses Projektes: Das von der WIRO initiierte Angebot richtet sich an alle Haushalte mit niedrigem Einkommen, die keine Leistungen zur staatlichen Mindestsicherung beziehen. Es soll die Nettokaltmiete bei Neuvermietungen bei max. 5,30 € pro m<sup>2</sup> - befristet bis 2025 – eingefroren werden. Schrittweise sollen bis zu 800 Wohnungen in allen Stadtteilen Rostocks in das Projekt aufgenommen werden. Der von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachte Antrag soll sicherstellen, dass dies nun konzeptionell mit dem Wohnungsunternehmen umgesetzt wird.

**Fraktionsvorsitzender Daniel Peters** machte allerdings deutlich „dass der WIRO-Mietanker zwar eine Entlastung sein soll, aber das reicht uns nicht aus, um sozial verträgliche Mieten zu erreichen. Das „**Bündnis für Wohnen**“ soll endlich vorangetrieben werden“. Dieses Bündnis hatte die Bürgerschaft im September 2017 beschlossen, um dafür alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. Umso erstaunter waren wir, dass die Verwaltung eine Terminverlängerung bis Mai 2018 beantragte. Hier ging der Appell von **Herrn Peters** erneut an die Verwaltung, dies nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern schnellst möglich an der Umsetzung zu arbeiten. Unserem Votum auf Ablehnung zur Terminverlängerung schlossen sich SPD und LINKE an.

Dem **Widerspruch** des Ortsbeirates Stadtmitte **gegen den Beschluss** der Bürgerschaft zum Antrag vom 11.10.17 zur „**Veräußerung des Grundstückes Rosengarten**“ wurden seitens der Bürgerschaft nicht stattgegeben. Die CDU-Fraktion hatte sich aus Prinzip zur Vorgehensweise um die Grundstücksmauscheleien zum Rosengarten auf die Seite des Ortsbeirates gestellt, wohl wissend, dass das Widerspruchsrecht abschlägig beurteilt wurde.

# Bürgerschaft der Hansestadt Rostock

## CDU - Fraktion



Bürgerschaft der Hansestadt Rostock ▪ CDU - Fraktion  
Neuer Markt 1 ▪ 18055 Rostock

Ebenso wollte der Ortsbeirat Stadtmitte vom Planungs- und Gestaltungsbeirat **Fassaden-vorschläge** für das von der WIRO zu errichtende **Parkhaus am Küterbruch** beraten lassen. Im Ortsbeirat selbst mangelte dazu an geeigneter Fachkompetenz, um diese Aufgabe qualitativ hochwertig zu lösen. Es ist daher legitim, dass der Ortsbeirat sich beratenden Beistand beim Gestaltungsbeirat holt.

Da wir bereits in der Vergangenheit äußerst negative Erfahrungen mit der Außenfassade des Parkhauses auf der Holzhalbinsel machen mussten, erklärte **Ulrike Jähnel**: „Gerade in dieser exponierten Lage unterhalb der historischen Stadtmauer und der Petrikirche brauchen wir eine ansprechende Fassade für das Parkhaus“. Sie appellierte daher an die WIRO, ihre Verantwortung für die Gestaltung wahrzunehmen. Die Bürgerschaft stimmte dem Antrag zu.

Der von der SPD eingebrachte Antrag zur „**Fortschreibung des IGA-Entwicklungskonzeptes**“ wurde nach einer kurzen Diskussion in die zuständigen Fachausschüsse und Ortsbeiräte überwiesen und wurde somit **vertagt**.

Nach positivem Bürgerschaftsbeschluss erfährt das Wohngebiet „**Marine Gehlsdorf**“ (ehemaliger Marinestützpunkt) nun endlich eine stadtplanerische Aufwertung in Form eines Wasserbeckens mit Wasserverlauf zur Warnow. Das mag sich für Manchen nach Luxus anhören, aber mit dem damaligen B-Plan wurde bei den Bauinteressenten ein lukratives Wohngebiet an der Warnow mit Grachten, Wasserlauf und zentralen Platz mit Wasserbecken versprochen. Durch eine rege Nachfrage wurde jedoch die Bebauung verdichtet, der Wasserlauf aus Kostengründen gestrichen. Der Ortsbeirat forderte daher die WIRO auf, ihre damaligen avisierten Pläne umzusetzen. Diese Forderung unterstrich die Bürgerschaft durch Zustimmung zum Antrag, die SPD lehnte ab. Offensichtlich fällt es den Sozialdemokraten schwer, zwischen Aufsichtsfunktionen und der Arbeit in der Bürgerschaft zu unterscheiden.

Zum Beschluss über die öffentliche Auslegung des B-Plans für das „**Wohngebiet Kiefernweg**“ erhielten zwei Bürgervereine vom Verein „Leben in Biestow e. V.“ und vom Kleingartenverein „Satower Straße“ e. V. Rederecht, um für die Interessen ihrer Mitglieder einzutreten. Mit dieser Auslegung geht ein Abwägungsprozess einher, sodass alle Bürgerinnen und Bürger ohnehin die Möglichkeiten haben, Eingaben, Beschwerden und Anregungen mit einfließen zu lassen. Der CDU-Fraktion ist es wichtig, dem akuten Wohnungsmangel entgegenzutreten und den Bau von 250 Grundstücken zu ermöglichen. Deshalb stimmten wir mit der Mehrheit der Bürgerschaft zu.

Mit der Beschlussvorlage der Verwaltung „**Verhandlungen mit einer Arbeitsgemeinschaft von 5 Rostocker Wohnungsgenossenschaften zur großflächigen Bebauung mit Wohnraum im Stadtzentrum**“ (gemeint ist der Grote Pohl) wurde der dritte Akt von nicht nachvollziehbaren Vorlagen eröffnet.

Der **1. stellv. Fraktionsvorsitzende Jan-Hendrik Brincker** kritisierte in seiner Rede, dass bei den Flächenvergaben von Thierfelder Straße und Rosengarten eine wettbewerbslose Zuteilung zugunsten einiger Wohnungsgenossenschaften ohne öffentliche Ausschreibung erfolgte. Nun soll die gleiche Vorgehensweise eine Arge von Genossenschaften am Groten Pohl begünstigen. Er sagte mit deutlichen Worten: „Wir lehnen die Beschlussvorlage ab. Alle Marktteilnehmer (Genossenschaften, private Bauherren, Wohlfahrtsverbände, Bauträger) sollen die Möglichkeit haben, an diesem Punkt mitzuwirken. Eine einseitige Bevorzugung der Genossenschaften ... ist ein fatales Zeichen und auch unbegründet: Genossenschaften bauen nicht besser..., sie bauen nicht schneller und sie vermieten nicht billiger.“ (sh. vollständige Rede im Anhang)

Der Oberbürgermeister sowie die Redner von Grünen, SPD und LINKE machten deutlich, dass sie sich mit dieser Direktvergabe ohne Wenn und Aber abermals für die Bevorteilung von Genossenschaften aussprechen und wiederholt auf Konzeptausschreibungen verzichten.



**Fraktionsvorsitzender Daniel Peters** versuchte das Votum des Bau- und Planungsausschusses am 7.11.17 auf Vertagung zu nutzen, um die Beschlussvorlage ebenfalls noch einmal zu vertagen. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Er unterstreicht sein Unverständnis über die vorliegende Beschlussvorlage mit folgenden Worten: „Wir sind nicht gegen die Genossenschaften. Diese haben viel getan für die Stadt. Aber: wir sind gegen dieses intransparente Verfahren, gegen die Direktvergabe, die uns jede Chance raubt, andere Konzepte auch nur anzusehen! Ich will nicht verstehen, warum sich eine Stadt allein schon die Möglichkeit nimmt, aus vielen Konzepten das Beste auszuwählen. Die Möglichkeit ist da, denn das Bündnis für Wohnen ist beschlossen, wird aber aus fadenscheinigen Gründen verschleppt und damit zur Makulatur erklärt. Ein echter Wille für Konzeptausschreibungen und für sozialen Wohnungsbau ist erneut nicht erkennbar, wer dem hier heute zustimmt, hat das Bündnis für Wohnen bereits aufgegeben und alle damit festgelegten Prinzipien über Bord geschmissen“. (sh. vollständige Rede im Anhang)

Der Fraktion liegen Interessensbekundungen von Bauinteressenten vor, die ebenfalls Interesse an der Mitwirkung bei der Bebauung des Groten Pohl haben. Diese fühlen sich chancenlos ins Abseits gestellt. Dieser Fakt ließ die anderen Fraktionen unberührt.

**Daniel Peters** brachte nach einer umfangreichen Debatte einen Änderungsantrag ein, dass der städtebauliche Vertrag, der der Beschlussvorlage angefügt ist, am Ende der angestrebten Verhandlungen als eigenständige Beschlussvorlage der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt wird. Nach einer Auszeit und einhergehenden Verständigung der Fraktionsvorsitzenden wurde dann unserem ÄA einstimmig zugestimmt. ..ein winziger Teilerfolg auf einem steinigem Weg.

Nach einer allgemeinen enttäuschenden Debatte der anderen Fraktionen gegen die soziale Marktwirtschaft gab **Jan-Hendrik Brincker** eine **persönliche Erklärung** ab (sh. Anlage).

**Folgenden Angelegenheiten wurde zugestimmt:**

- Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung für die Straßenreinigung in der HRO
- Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Rostock über die Erhebung der Abfallgebührensatzung
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss für das Bebauungsgebiet Nr. 15:W.70 „Eulenflucht“

**Vertagt wurde die Beschlussvorlage:**

- Umbenennung des Veranstaltungsortes Stadthalle Rostock

Sollten Sie Nachfragen und Anregungen zum o. g. Bericht, zur Arbeit der Fraktion und der Bürgerschaft haben, können Sie uns jederzeit gern kontaktieren.

Wer Interesse hat, eine Bürgerschaftssitzung live zu verfolgen, kann sich gern bei uns im Fraktionsbüro melden.

gez. Corinna Grade  
Fraktionsgeschäftsführerin

Anlagen:

- Redebeiträge von Daniel Peters und Jan-Hendrik Brincker zum „Groten Pohl“
- persönliche Erklärung von Jan-Hendrik Brincker zum „Groten Pohl“
- Rede des OB aus der Bürgerschaftssitzung vom 08.11.2017